

## Grundsatzposition des Deutschen Bauernverbandes (DBV) zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013

Beschlossen durch die Mitgliederversammlung des DBV  
beim Deutschen Bauerntag 2010

---

### **Bürger und Bauern brauchen auch nach 2013 eine starke EU-Agrarpolitik**

#### **Landwirtschaft - eine Schlüsselbranche für Europa**

In 2010/11 werden das neu gewählte Europaparlament, die neue EU-Kommission und der EU-Ministerrat die politischen Weichen für die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union in den Jahren 2014 bis 2020 stellen. Dieser Entscheidung kommt große Bedeutung zu – weit über den Agrarsektor hinaus. Im Mittelpunkt stehen die sichere Versorgung von einer halben Milliarde EU-Bürgern mit Nahrungsmitteln, aber zunehmend auch mit Energie und Rohstoffen aus Biomasse sowie der Erhalt der natürlichen Ressourcen für nachfolgende Generationen.

Die Land-, Agrar- und Ernährungswirtschaft will weiterhin Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze gerade im ländlichen Raum sichern und steht heute in Europa für über 40 Millionen Arbeitsplätze und rund 1,3 Billionen Euro an jährlichem Umsatz. Die Erzeugung von Bioenergie als zusätzlicher Beitrag zum Klimaschutz schafft sogar zusätzliche Arbeitsplätze und neue heimische Wertschöpfung.

Der DBV fordert, die Marktposition unserer Landwirtschaft auf dem Binnenmarkt wie im Export zu fördern und gleichzeitig das europäische Modell einer nachhaltigen, multifunktionalen und flächendeckenden Landwirtschaft zu verteidigen.

#### **Was leisten die Bauern?**

Die Landwirte haben sich in den vergangenen Jahrzehnten mehr und mehr auf einen scharfen Wettbewerb in europäischen und internationalen Märkten eingestellt. Die Europäer geben heute nur noch 14 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Nahrungsmittel bester Qualität und großer Vielfalt aus (Deutschland: 11 Prozent).

Die deutschen und europäischen Landwirte bieten der Allgemeinheit zugleich auch ein ganzes Bündel an öffentlichen Dienstleistungen. Dazu gehört der Erhalt einer vielfältigen Kulturlandschaft durch aktive Landwirtschaft als Voraussetzung für lebenswerte ländliche

Räume. Die Landwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zum Schutz und zur Pflege der natürlichen Ressourcen wie Boden und Wasser. Zum Klimaschutz werden Beiträge über Effizienzsteigerung, CO<sub>2</sub>-Bindung und durch Nachwachsende Rohstoffe geleistet. Die deutsche und europäische Landwirtschaft sorgen für die Aufrechterhaltung einer ausreichenden heimischen Erzeugung für eine sichere Versorgung der Verbraucher mit Nahrungsmitteln Tag für Tag.

### **Reform von 2003 hat Signale neu gesetzt, aber auch Ungleichgewichte verursacht**

Die letzte Reform der EU-Agrarpolitik aus 2003 war ein tiefgreifender Systemwechsel und verlangt den deutschen Landwirten große Anpassungsleistungen ab. Der Staat zog sich weiter aus der direkten Steuerung der Agrarmärkte zurück, die Direktzahlungen wurden von der Produktion entkoppelt und gleichzeitig wurde ein striktes Cross Compliance-System mit teilweise überzogenen Kontrollen und unverhältnismäßigen Sanktionen eingeführt. In Deutschland wird diese neue EU-Agrarpolitik durch die vollständige regionale Angleichung der Flächenzahlungen bis 2013 und durch die vollständige Entkopplung des Direktausgleichs umgesetzt.

Die meisten anderen Staaten der Alt-„EU-15“ haben diesen Umstieg auf eine Flächenprämie noch nicht vollzogen – auch nicht nach dem „Health Check“.

### **Der Deutsche Bauernverband fordert deshalb:**

- Die EU-Agrarpolitik muss ab 2014 wieder einheitlicher gestaltet werden. Auch sind andere für den Wettbewerb wichtige Bereiche, wie z.B. die Besteuerung des Agrardiesels, endlich zu harmonisieren.
- Für die EU-Agrarpolitik der 27 Mitgliedstaaten sind zumindest wie bislang im EU-Haushalt ca. 60 Milliarden Euro pro Jahr erforderlich, um eine verlässliche erste Säule zur Sicherung der wirtschaftlichen Grundlage der Landwirtschaft und eine verlässliche zweite Säule zur Stärkung einer nachhaltig wirtschaftenden Landwirtschaft im ländlichen Raum zu finanzieren. Dieser Betrag macht nicht einmal 1 Prozent aller öffentlichen Ausgaben in der EU aus.

Den gewachsenen Marktvolatilitäten muss künftig auch aus Gründen der Versorgungssicherheit durch ein nicht marktverzerrendes Sicherheitsnetz und ein funktionierendes Risikomanagement begegnet werden. Stabilere Rahmenbedingungen für Märkte stärken das unternehmerische Handeln der Bauern, das Konsum- und Nachfrageverhalten der Verbraucher und damit die soziale Marktwirtschaft.

## Eckpunkte für die Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik nach 2013

Bei immer offeneren Außengrenzen braucht die Landwirtschaft auch künftig einen wirksamen Ausgleich für höhere EU-Standards im Umwelt-, Verbraucher-, Tier- und Naturschutz, für den Erhalt der Kulturlandschaft und für die Gewährleistung einer ausreichenden heimischen Produktionskapazität (Versorgungssicherheit). Auf dieser Grundlage wird sich die deutsche und europäische Landwirtschaft im Wettbewerb vor allem mit Qualitätsprodukten und regionaler Profilierung durchsetzen. Zugleich kann sie ihren Aufgaben im Klimaschutz mit nachhaltig erzeugten nachwachsenden Rohstoffen nachkommen.

Der Deutsche Bauernverband fordert für die Zeit von 2014 bis 2020 im Einzelnen:

- Die Fortsetzung der ersten Säule mit einer entkoppelten Flächenprämie als Direktausgleich für die gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft bzw. für die höheren EU-Standards im Vergleich zum Weltmarkt. Angesichts des unterschiedlichen Lohn- und Kaufkraftniveaus müssen die Flächenzahlungen in der EU auf absehbare Zeit angemessen differenziert werden. Eine größenabhängige Degression (Ober- und Untergrenzen) widerspricht dem Ansatz einer Flächenprämie und wird abgelehnt.
- Cross Compliance muss so einfach wie möglich gestaltet, d.h. auf repräsentative Kriterien konzentriert werden. Eine Doppelung des Fachrechts ist zu vermeiden, um die Landwirte spürbar zu entlasten. Generell muss die EU-Agrarpolitik so bürokratiearm wie möglich gestaltet werden.
- Die Modulation ist abzuschaffen. Um einen fortgesetzten Verteilungsstreit zwischen der ersten und zweiten Säule der Agrarpolitik zu beenden, ist eine klare politische Entscheidung über die finanzielle Ausstattung der ersten und der zweiten Säule unabdingbar, die bis 2020 Bestand haben muss.
- Die Agrarmärkte brauchen wegen der hohen Weltmarktrisiken und der Ungleichgewichte im Binnenmarkt durch konzentrierte Lebensmitteleinzelhandelsunternehmen Sicherheitsnetze gegen extreme Marktausschläge. Sicherungen gegen naturbedingte Risiken sind weiterzuentwickeln. Eine staatliche Intervention bzw. Marktentlastung bei Markt- und Preiskrisen sowie ein angemessener Außenschutz müssen auch künftig WTO-konform in der EU erhalten werden. Dringend notwendig ist die Einführung einer Risikoausgleichsrücklage auf einzelbetrieblicher Ebene.

- In der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik muss sich die Förderpolitik bei einer verbesserten EU-Kofinanzierung und flexibleren Möglichkeiten der nationalen Kofinanzierung weiter auf die Leistungen der Landwirtschaft konzentrieren. Notwendig ist neben der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit (z.B. einzelbetriebliche Investitionsförderung, regionale Verarbeitung und Vermarktung von Qualitätsprodukten) vor allem eine bessere Honorierung der Agrarumweltmaßnahmen (Wiedereinführung der Anreizkomponente) und die Sicherung der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete und Berggebiete auf Basis des bewährten Indexsystems (LVZ). Bei den EU-finanzierten Schulmilch- und Schulobstprogrammen sowie bei der Förderung der Gemeinschaftsverpflegung müssen regionale Erzeuger und Verarbeiter besser berücksichtigt und die vorhandenen bürokratischen Hemmnisse abgebaut werden.